

Änderungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Priska Hinz (Herborn), Sven Kindler, Stephan Kühn, Dr. Hermann Ott, Kerstin Andreae, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Ute Koczy, Tom Koenigs, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Beate Müller-Gemmeke, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Frithjof Schmidt, Dorothea Steiner, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/619, 17/623, 17/624, 17/625 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010
(Haushaltsgesetz 2010)**

**hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Ansatz im Kapitel 23 02 Titel 687 05 (Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern) wird um 175 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 15. März 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte im Vorfeld der internationalen Klimakonferenz von Kopenhagen im Rahmen der sog Fast-start-Finanzierung für den internationalen Klimaschutz nach dem Europäischen Rat vom Dezember 2009 einen deutschen Beitrag von jährlich 420 Mio. Euro für den Zeitraum von 2010 bis 2012 zugesagt. In den Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages wurden zur Finanzierung internationaler Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zwei neue Haushaltstitel in den Einzelplänen 16 und 23

eingerrichtet und in diese jeweils 35 Mio. Euro eingestellt. Daraus ergeben sich aber insgesamt erst 70 Mio. Euro, die an neuen Finanzmitteln zuzätzlich für den internationalen Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitgestellt werden. Die beiden Titel sind deshalb um jeweils 175 Mio. Euro zu erhöhen, damit insgesamt mindestens die Summe von 420 Mio. Euro erreicht wird, die die Bundeskanzlerin vor Kopenhagen als deutschen Finanzierungsbeitrag zugesagt hat.

Die Einhaltung von gemachten Zusagen zur Finanzierung des internationalen Klimaschutzes ist gerade vor dem Hintergrund der kommenden internationalen Petersberger Klimagespräche der Umweltminister im Mai 2010 in Bonn unverzichtbar. Die Bundesregierung wird dieses Treffen gemeinsam mit der mexikanischen COP-Präsidentschaft ausrichten und muss insbesondere als Gastgeberin ihre gegenüber den Entwicklungsländern gemachten Zusagen ohne wenn und aber und ohne Bilanztricks einhalten. Nur wenn die Industrieländer glaubhaft zu ihrem Wort stehen und zuzätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen, kann der internationale Verhandlungsprozess um ein erfolgreiches Post-Kyoto-Abkommen überhaupt noch zu einem Erfolg geführt werden.